

Banken sind pleite: 500.000.000.000 € Städte pleite: Nichts!



Zumindest wird uns niemand mehr widersprechen, wenn wir sagen: „Geld ist genug da!“

Schulen, Kindergärten sind marode. Im Breitensport, bei Bibliotheken, Jugendhäusern und anderen sozialen Einrichtungen wird gespart. Die Stadt Oberhausen darf aus Spargründen nicht mehr ausbilden. Das ist die eine Seite der Medaille.

Die andere sind Milliardengeschenke an die Banken und Versicherungen, die sich verspekuliert haben, um das System zu erhalten.

Nun, niemand wird sich wundern, wir wollen ein System, dem die Banken- und Konzerngewinne wichtiger sind als Schulen und soziale Einrichtungen, nicht erhalten.

Wir fordern deshalb, dass diese Milliarden für ein bundesweites Programm zur Sanierung der Schulen und zur Stabilisierung des Gesundheitswesens verwendet werden. Das schafft Arbeitsplätze und: Bildung und Gesundheit darf nicht am Geldbeutel hängen. ■

Krise: Was steckt dahinter?



Karin Schnittker, Vorsitzende der DKP Essen, Aktiv in sozialen Bewegungen; für die Interessen der Mieter, gegen Hartz IV.

Die weltweite Produktion, an der alle Menschen teilnehmen (außer denen, die man davon ausgrenzt, wie die Arbeitslosen) erwirtschaftet Gewinne, die im Kapitalismus den Besitzern der Fabriken und Maschinen gehören. Wenn sie diese Gewinne wieder investieren, dann interessiert nicht, was den Menschen nützt (Schulen, Krankenhäuser etc.), sondern, was den meisten Gewinn bringt. Die Gewinnerwartungen schaukeln sich hoch (Bank-Chef Ackermann: „25 % Rendite müssen drin sein“) und lassen sich durch „normale“ Produktion nicht erbringen – die Spekulation beginnt: auf faule Kredite, nicht vorhandene Aktien, erwartete Kursentwicklungen. Das geht so lange gut, so lange keiner der Beteiligten um die weitere Entwicklung fürchtet. Wenn doch, dann beginnt die Flucht und die Blase platzt. ■

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



Patrik Köbele, Ratscherr der DKP Essen

Cross Border Leasing: Eine tickende Zeitbombe

Diese dubiosen Geschäfte bedeuteten, dass ein US-amerikanische Unternehmen Eigentum (z.B. das Schienennetz der Essener Verkehrsbetriebe (EVAG)) erwarb und in Verträgen mit langer Laufzeit (30-99 Jahre) an die Stadt zurück vermietete. Diese amerikanischen Unternehmen konnten dadurch Steuern sparen und gaben damals einen Teil der Steuerersparnis an die deutschen Städte ab. Dies war immer dubios, die Verträge wurden selbst vor den Räten geheim gehalten. Auf zig Jahre verpflichteten sich die Städte den Wert der verkauften Objekte zu erhalten. In der davon betroffenen „Messe Essen“ muss z. B. „die Erlaubnis für das Umstellen jeder Mülltonne erfragt werden.“

Die Auswirkungen heute:

- die Kredite sind versichert, die Versicherungen werden teurer, die Kommunen müssen blechen – es zahlen die Bürger.
- Das Geld für den „Kauf“ ist bei Banken deponiert, was passiert, wenn diese pleite gehen, weiß keiner.
- US-Unternehmen wollen, weil sie Geld benötigen, raus aus diesen Geschäften. Am einfachsten, wenn man der deutschen Kommune eine Vertragsverletzung nachweisen kann. Bei 1000-seitigen Verträgen in englischer Sprache kein großes Problem – Schadensersatzforderungen winken.

Das staatliche Rettungsprogramm: Banken rauben Bürger aus – Der Staat hält die Pistole!

Die Kosten der Milliarden Geschenke an Banken und Konzerne werden auf die Menschen abgewälzt. Ein Weg ist über die Kommunen:

- Die Bundesländer zahlen einen Teil der Milliarden, dafür kürzen sie die sogenannten „Schlüsselzuweisungen“ an die Kommune.
- Die Konzerne und Banken stecken mit im Schlamassel, die Folge: sie müssen weniger Gewerbesteuer zahlen. Schlüsselzuweisungen und Gewerbesteuer sind aber die Haupteinnahmequelle der Kommunen.
- Die Kommunen selbst werden weiter in die Schuldenfalle getrieben, denn nun werden möglicherweise die Kredite teurer, zahlen müssen die Bürger.
- Die Kommunen haben selbst spekuliert, die Verluste zahlen die Bürger über Kürzungen, Schliessungen, Gebührenerhöhungen oder die Privatisierung öffentlichen Eigentums.
- Cross Border Leasing-Geschäfte (siehe Links) bringen den Kommunen Millionenverluste



Peter Köster, Speditionskaufmann,
Stellvertretender Vorsitzender der
IG Bauen- Agrar-Umwelt Oberhausen,
Betriebsrat.

Casino-, Turbo-Kapitalismus?



Siw Mammitzsch, Mitarbeiterin
der Fraktion LINKE/DKP/ AUF.
Bei der DKP Essen verantwortlich
für Kinder- und Jugendpolitik.

Die gegenwärtige Krise wird vielfach mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 verglichen. Sie hatte verheerende Folgen für die Welt. Nach 1944 gab es einige Jahrzehnte eines stärker regulierten Kapitalismus und, weil nach dem Krieg wieder aufgebaut werden mußte, hohes Wirtschaftswachstum. Das ist seit 1974/75 endgültig vorbei und seitdem nehmen die Krisen wieder zu. Und nicht nur das, sie werden immer schlimmer, weil es zwischen den Volkswirtschaften kein Gleichgewicht gibt. Die einen exportieren zu viel (wie die BRD und Japan), die anderen (vor allem die USA) verschulden sich immer mehr. Umverteilung von unten nach oben, Überfluss an Kapital begünstigen die Spekulation und führen zu Blasen. Wenn diese platzen bricht an den Aktienmärkten Panik aus. Wer das ändern will, darf mit dem Kapitalismus keinen Frieden machen. Die Alternative nennen wir Sozialismus.

Ja, ich will auch ein kostenloses rotlicht-Abo

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Abschicken an: DKP Essen, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen www.dkp-essen.de • E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de